

lich über unsere Erfahrungen mit dieser Synode erst richtig befinden, wenn sie ihrem Ende zugeht oder abgeschlossen ist. Man wird dann, glaube ich, vor allen Dingen zwei Probleme zu lösen haben. Erstens: Wie kann man gewährleisten, daß mehr Katholiken in ein solches Gremium kommen, die im Blick auf Gemeinde, Kirche und Gesellschaft eine bodenständige „Erfahrungsnähe“ haben (die sie artikulieren können!)? Es wird viel von der „Basis“ bzw. noch mehr *über* sie geredet. Jeder reklamiert die „Basis“ für sich. Aber wie oft ist dann das, *was* geschildert wird, im Grunde gefiltert durch Etiketten und Schablonen, die man von anderswoher hat, z. B. von einer schlechten Theologie. Von daher stellt sich die Frage: Wie bekommt man wirklich das konkrete Leben in den Gemeinden, auch da, wo es vielleicht unansehnlich und „banal“ ist, sozusagen auf den Verhandlungstisch? Das Zweite: Ein solches Organ hätte ja keinen Sinn, wenn es wieder ein Fachgremium würde. Dafür gibt es andere Gremien, z. B. die bischöflichen Kommissionen, die Beiräte des Zentralkomitees, die Verbände usw. Es müßte gelingen, echte Gemeindenähe mit einer geringeren Zahl von Mitgliedern der Synode und einer Gruppe von wirklich sehr qualifizierten Beratern zu verbinden. Der Gesamtumkreis der Personen, die — vielleicht nur von Fall zu Fall — herangezogen werden, könnte dann im ganzen größer sein als jetzt.

HK: Wenn wir richtig orientiert sind, so sollten die Modelle für diese Fortsetzung der Synode in der Synode selbst gefunden werden, also innerhalb der Strukturkommissionen VIII und IX?

Lehmann: Es ist vorgesehen, daß dort Einzelstrukturen entworfen werden, daß diese aber empfehlenden Charakter besitzen. Eine solche Einrichtung tangiert ja sehr stark die Bischofskonferenz. Diese muß darüber mitbefinden.

Einzelne praktikable Elemente können noch von dieser Synode in Form von „Grundsätzen“ verbindlich angenommen werden. Ich glaube, daß man darüber zu gegebener Zeit mit den Bischöfen nochmals sprechen kann. Vielleicht muß erst ein besseres Vertrauensklima zwischen Synode und Bischöfen entstehen und müssen wirkliche Leistungen vorliegen, ehe man diese Fragen aufwirft. Sonst sieht manches auch zu sehr wie Flucht vor der Mühsal der Gegenwart aus . . .

HK: Sie haben die Bischöfe mehrfach angesprochen. Glauben Sie, daß unsere Bischöfe als Gesamtheit für ein solches Unternehmen disponiert sind?

Lehmann: Im Augenblick ist von bestimmten Erfahrungen her wahrscheinlich eher große Zurückhaltung vorherrschend. Deswegen wird man eben von seiten der Laien und Priester in behutsamer Nüchternheit wachsam sein müssen, daß die Frage nicht untergeht. Es ist ja ein Problem, das auch auf gesamtkirchlicher Ebene weiter vorwärtsgetrieben werden muß. Die Bischofssynode z. B. muß sich ja auch fragen, ob sie nicht mehr Zuständigkeiten erhalten und sich stärker als ständiges Organ etablieren soll. Ich glaube, die ganze Frage steht in einem Sog, der vom Konzil herrührt und der, ob einer will oder nicht, einfach nicht mehr stirbt. Wenn wir heute entschiedenere Christen haben wollen, dann kommt die Kirche, gerade weil dieser Christ freiwillig zu ihr steht, gar nicht daran vorbei, ihn partnerschaftlich an den wichtigsten Beratungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Das kirchliche Amt könnte nicht geschwächt, wie viele ängstlich meinen, sondern vor allem dann, wenn es — auf das Ganze gesehen — seinen überlegenen Sachverstand gut zum Einsatz bringt, gestärkt aus der Synode hervorgehen. Dies wäre keineswegs die geringste Frucht der Synode — allerdings nicht ohne Wandlungen und vielleicht auch Wachstumskrisen.

Zeitbericht

Elisabeth Noelle-Neumann, Friedrich Tennstädt

Wahlrends in Deutschland

Ein Rückblick auf die Bundestagswahlen 1972

Parteien und Gruppen sind noch in diesen Wochen und Monaten mit dem Studium des Ergebnisses der Bundestagswahl 1972 beschäftigt. Doch die Kenntnis der kurz-

fristigen Einflüsse auf das Wahlverhalten und der Grundrends und langfristigen Präferenzen bei den Wählern selbst dürfte von allgemeinem Nutzen sein. Wir haben

deshalb das Demoskopische Institut in Allensbach um eine zusammenfassende Analyse unter Einbeziehung der Bundestagswahl vorausgegangenen Umfragen des Instituts gebeten. Die Leiterin des Demoskopischen Instituts, Frau Prof. Elisabeth Noelle-Neumann, und Friedrich Tennstädt, leitender Mitarbeiter des Instituts für den Bereich Wahlforschung, haben die folgende Analyse erstellt. (Wegen der zahlreichen Tabellen waren Tabellenverschiebungen aus umbruchtechnischen Gründen innerhalb des Textes gelegentlich unvermeidlich. Wir bitten deshalb, sich bei der Lektüre an den Tabellenverweisen im Text zu orientieren.)

Bei einer wenige Wochen nach der Bundestagswahl im Dezember 1972 durchgeführten Repräsentativumfrage¹ antworteten auf die Frage: „Wenn am nächsten Sonntag wieder Bundestagswahl wäre: welche Partei würden Sie dann wählen — könnten Sie mir nach dieser Liste hier sagen, welche Partei das ist?“ SPD: 48 %, CDU/CSU: 45 %, F.D.P.: 6 %, Sonstige: 1 %. Das Umfrageergebnis spiegelte fast prozentgenau die Erststimmenverteilung vom 19. November. Der repräsentative Querschnitt bestätigte gleichsam noch einmal die Wahlentscheidung.

Gab es also keinen Schock, keinen Meinungswandel durch den unerwartet hohen Sieg der SPD/F.D.P.-Koalition? Wenn man das Rohmaterial der Umfrage betrachtete, zeigte sich allerdings eine Erschütterung: Vor statistischer Kontrolle und „Entzerrung“ der Stichprobe war aus den Dezember-Umfrageergebnissen eine Stimmenverteilung von 54 % für die SPD, 37 % für die CDU/CSU und 8 % für die F.D.P. herauszulesen. Daß es sich dabei aber um eine Verzerrung handelte, zeigte sich einwandfrei, wenn man prüfte, was die Befragten nach eigener Angabe am 19. November gewählt hatten. Was sich da ergab, deckte sich nicht mit dem tatsächlichen Wahlergebnis. Schon hier fehlten rund 8 % CDU-Wähler.

Aber der Schock, der zu einer derartigen *Verzerrung* von Ergebnissen führte, hatte sich nicht erst nach dem 19. November ereignet, sondern schon nach der Regierungsbildung 1969. Im Frühjahr 1970 wurde zum erstenmal registriert, daß die Umfragen nicht mehr wie rund zwanzig Jahre lang bei der Stichprobenkontrollfrage nach der letzten Wahlentscheidung das tatsächliche Wahlergebnis ziemlich genau spiegelten. Seit dem Frühjahr 1970 war die SPD in den Umfrageergebnissen ständig überrepräsentiert. Statt jener 44 %, die ihr 1969 ihre Erststimme gegeben hatten, fanden wir bei den Umfragen durchschnittlich 52 %, die erklärten, SPD gewählt zu haben. Aus verschiedenen Gründen, die wir hier nicht ausführlicher darstellen können, nahmen wir an, daß die Verzerrung zwei *Ursachen* hatte: eine resignierte Abneigung, sich mit der eigenen unterlegenen politischen Meinung zu exponieren, führte teils zu überhöhten Weigerungen von CDU/CSU-Anhängern, sich interviewen zu lassen, das heißt, in einem Anteil von einigen Prozent fehlten CDU/CSU-Anhänger

in der Stichprobe, und zweitens erklärten sich manche CDU/CSU-Anhänger im Interview als SPD-Wähler, entgegen den Tatsachen. Die Entscheidung, die Repräsentativumfragen am amtlichen letzten Wahlergebnis, wie der Statistiker sagt, zu justieren und die umgewogenen Umfrageergebnisse als die tatsächliche Meinungsverteilung der Bevölkerung zu betrachten, bewährte sich bei drei Wahlprognosen, bei der Wahlprognose zur Bürgerschaftswahl in Bremen im Oktober 1971² und bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg im April 1972³ und schließlich bei der Bundestagswahl im November 1972.

Der Druck der öffentlichen Meinung

Wenn man das Wahlergebnis vom 19. November 1972 analysiert, muß man weit ausholen — das sollte mit den einleitenden Bemerkungen über die Verzerrung von Umfrageergebnissen zur Parteirichtung seit dem Frühjahr 1970 gesagt werden. Es wäre sogar zweckmäßig, noch weiter zurückzugehen und anzuknüpfen an die entscheidende *Klimaveränderung*, die schon im Sommer 1969, also vor den Bundestagswahlen, zu konstatieren war: größere Bereitschaft zu Experimenten in der Politik, zunehmendes Zutrauen zur Leistungsfähigkeit der SPD, zunehmende Austauschbarkeit von CDU und SPD aus der Sicht der Wähler⁴. Nicht wenige Kennzeichen der Wahlentscheidung vom November 1972 trafen bereits auf die Bundestagswahl von 1969 zu. Einem späteren ausführlichen Kapitel vorgreifend, seien hier einige Zeilen aus einem Allensbacher Bericht nach der Wahl von 1969 zitiert:⁵

„Die Frauen haben am 28. September 1969 einen deutlichen Schritt nach links getan, groß genug, um die Position der SPD entscheidend zu stärken. Den empfindlichsten Verlust an weiblichen Stimmen erlitt die F.D.P.; aber auch zur CDU/CSU hat sich die traditionell enge Bindung der Wählerinnen gelockert. Wie das Institut für Demoskopie in Allensbach in einer Analyse der Bundestagswahl 1969 feststellte, haben die Frauen im Vergleich zu 1965 in größerem Umfang neue politische Orientierungen gesucht als Männer und somit wesentlich zum Szenenwechsel in Bonn beigetragen. Die SPD verzeichnete bei Männern eine relative Zunahme von 4 %, bei Frauen hingegen eine Zunahme von 12 %.“

Der Hinweis auf die *schockartige Reaktion*, die sich schon im Frühjahr 1970 abzeichnete, soll auf die Bedeutung der sozialpsychologischen Dimension für unser Thema, die Analyse des Hintergrunds der Wahlentscheidung vom 19. November, aufmerksam machen. Die Verzerrung der Umfrageergebnisse ist ein Symptom für die Wirksamkeit eines psychologischen Drucks, der so, in dieser Art, bei früheren Bundestagswahlen nicht mitspielte. Nicht, daß das Phänomen an sich etwas Neues wäre, es ist sogar in der Literatur zum Thema öffentliche Meinung recht genau beschrie-

ben⁶. Aber man täuscht sich, wenn man annimmt, daß der Druck der öffentlichen Meinung zu verschiedenen Zeiten etwa gleich stark sei. Es ist schon kennzeichnend, daß Phänomene der öffentlichen Meinung zuerst zum Bewußtsein kamen und beschrieben wurden in revolutionären oder vorrevolutionären Zeiten, also Zeiten einer erhöhten Anteilnahme vieler Personen am politischen Geschehen. Vielleicht wird eine derartige Atmosphäre auch erzeugt, wenn eine Bevölkerung fast vollzählig vom Fernsehen erreicht wird und wenn dieses Fernsehen ausgeprägt politisch in seinem Programm ist. Die Nachweise, daß das Fernsehen politisierend wirkt, liegen vor⁷. Man sollte sich dabei ins Gedächtnis rufen, daß das Fernsehen zwar seit 1954 in der Bundesrepublik Deutschland Programme ausstrahlt, aber daß erst seit 1965 etwa zwei Drittel (64 0/0) und erst seit 1969 mehr als 80 0/0 der Bevölkerung bei sich zu Hause vom Fernsehen erreicht werden⁸.

Diese Art von Perspektiven sind erforderlich, wenn man die Hochspannung des Wahlkampfes 1972 — signalisiert durch das durch Umfragen gemessene Interesse am Wahlkampf⁹ und schließlich die Rekord-Wahlbeteiligung — und die starken sozialpsychologischen Einflüsse, unter denen das Wahlergebnis vom 19. November zustande kam, verstehen will.

Die Ausgangslage

Spätestens im Frühjahr 1971 war zu erkennen, daß die Bevölkerung aus gefühlsmäßigen Gründen die Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel für notwendig, für unaufhaltsam hielt und die Verträge mit der Sowjetunion und der DDR nicht gefährdet sehen wollte. Zum Beleg dafür kann ein Vortrag dienen, der am 3. März 1971 in Bonn gehalten wurde¹⁰. Es wurde dort beschrieben, wie die Szene von der Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel beherrscht sei: „Wie steht die Bevölkerung zu dieser Politik? Muß die Regierung ihren Kurs gegen eine widerstrebende, nationalen Verrat fürchtende Bevölkerung mühsam durchsetzen? Muß sie fürchten, darüber über kurz oder lang gestürzt zu werden? Eher trifft das Gegenteil zu.“ — „... Die Regierung Brandt/Scheel wird getragen von dem Gefühl eines großen Teils der Bevölkerung, aus dem deutschen Getto herauszutreten, von der Mißachtung der Welt befreit zu werden, endlich die Versöhnung zu gewinnen.“¹¹

In den zwölf Monaten vor der Ratifizierung der Verträge mit der Sowjetunion und Polen im Bundestag erreichte die Ablehnung der Bevölkerung nie mehr als 25 0/0. So gesehen, wird verständlich, daß der Mißtrauensantrag der Opposition im Frühjahr 1972 nur bei einer Minderheit der Bevölkerung (29 0/0) Beifall fand¹².

Die Popularität der Ostpolitik wurde, wie bekannt, durch den Abschluß der Verhandlungen über den Grundvertrag kurz vor der Wahl aufgefrischt und, wie noch zu zeigen

sein wird, für letzte Wahlentscheidungen ins Spiel gebracht. (Auf die Frage: „Was ist Ihre Meinung — soll der Bundestag dem Grundvertrag mit der DDR zustimmen, oder soll er nicht zustimmen“ meinten nur 24 0/0 im Dezember 1972, er solle nicht zustimmen.)

Nach rund dreijähriger Amtszeit der Regierung Brandt/Scheel hatte sich die SPD praktisch exklusiv profiliert als die Partei, die gegenüber den Ostblock-Staaten wirksame Politik zu machen verstehe.

Tabelle 1

FRAGE: „Welche Partei ist wohl am besten geeignet, unser Verhältnis zu Rußland und den anderen Ostblockstaaten zu verbessern?“

	Ende September/ Anfang Oktober Beginn des Wahlkampfes	Ende Oktober Mitte des Wahlkampfes
	%	%
SPD	63	66
CDU/CSU	13	12
F.D.F.	3	4
DKP	3	2
Kein Unterschied zwischen den Parteien, 8	8	7
Unentschieden	13	12
	<u>103</u>	<u>103</u>

Die Zahlen addieren zu mehr als 100, weil einzelne Befragte mehr als eine Partei nannten.

QUELLE: ZDF-Umfragen vor den Bundestagswahlen, Oktober 1972, Allensbacher Archiv, Umfragen Nr. 2126 und 2128.

Ganz ähnlich das Bild bei einer Frage, welche Partei am meisten dafür tue, daß es zu einer *Annäherung zwischen den beiden Teilen Deutschlands* kommt. Am Beginn des Wahlkampfes meinten 69 0/0 und in der Mitte des Wahlkampfes 73 0/0, das sei die SPD; CDU/CSU: 11 0/0/10 0/0.

Die Aktivität in der Ostpolitik strahlte auch allgemein auf den Ruf der SPD aus, in der Außenpolitik leistungsfähiger als die CDU/CSU zu sein (vgl. Tabelle 2).

Im übrigen zeichnete sich im außenpolitischen Bereich ein *Stimmungswandel* ab, der seit dem Regierungswechsel vom Herbst 1969 zugunsten einer Lockerung des Atlantischen Bündnisses, des Bündnisses mit den Amerikanern eingetreten war.

1969 hatte die Bevölkerungsgruppe, die für das Bündnis mit den Amerikanern eintrat, einen klaren Vorsprung, 1972 war sie überrundet durch die Anhänger einer strikt neutralen Position. Bezeichnend für Prozesse der Umorientierung ist das starke Anwachsen der Unentschiedenheit in dieser Frage (vgl. Tabelle 3).

Im Meinungsklima des Wahljahres 1972 spielte der Vorsprung der CDU im Verteidigungsbereich praktisch keine Rolle, denn die Kriegsfurcht ist selten so gering gewesen.

Tabelle 2

FRAGE: "Welche Partei könnte am ehesten erreichen, daß wir in der Außenpolitik erfolgreich sind, welcher trauen Sie außenpolitisch am meisten zu?"

	Ende September/ Anfang Oktober Beginn des Wahlkampfes	Ende Oktober Mitte des Wahlkampfes
	%	%
SPD	50	57
CDU/CSU	26	24
F.D.P.	7	5
DKP	1	x
NPD	1	1
Kein Unterschied	7	6
Unentschieden	12	9
	104	102

Die Zahlen addieren zu mehr als 100, weil einzelne Befragte mehr als eine Partei nannten.

QUELLE: ZDF-Umfragen vor den Bundestagswahlen, Oktober 1972, Allensbacher Archiv, Umfragen Nr. 2126 und 2128.

"x" = weniger als 0,5 Prozent.

Tabelle 3

FRAGE: "Was wäre Ihrer Ansicht nach die bessere Außenpolitik: Sollten wir uns weiter mit den Amerikanern fest verbünden, oder sollten wir versuchen, ganz neutral zu sein, wie zum Beispiel die Schweiz?"

	Vor der Bundestagswahl 1969	Vor der Bundestagswahl 1972
	%	%
Wir sollten uns weiter mit den Amerikanern verbünden	50	37
Wir sollten versuchen, ganz neutral zu sein	38	43
Unentschieden	12	20
	100	100

QUELLE: Umfragen für das ZDF 1969 (Allensbacher Archiv, Umfrage Nr. 1182) und 1972 (Allensbacher Archiv, Umfrage Nr. 2126)

Tabelle 4

FRAGE: "Was meinen Sie, wenn heute einer heiratet und eine Familie gründet - kann der beruhigt in die Zukunft sehen, oder muß man Angst haben, daß ein neuer Krieg kommt?"

	Januar 1963	Februar 1964	Februar 1965	November 1968	April 1971
	%	%	%	%	%
Angst, daß ein neuer Krieg kommt	45	35	38	43	27
Beruhigt in die Zukunft sehen	21	32	27	29	43
Unentschieden, weiß nicht	34	33	35	28	30
	100	100	100	100	100

QUELLE: IfD-Umfragen 1073, 1085, 1098, 2046, 2071; jeweils rund 1000 Interviews

Anders steht es mit der *inneren Sicherheit*. Der Vorsprung, den die CDU/CSU in diesem Bereich besaß, spielte (wie spätere Untersuchungen, die hier noch nicht erschöpfend berichtet werden können, bestätigen) eine wichtige Rolle bei der Wahlentscheidung. Indessen ist der Vorsprung der CDU/CSU im Bereich der inneren Sicherheit zwar erkennbar, aber doch auch nicht sehr stark ausgeprägt.

Auf *kulturpolitischen Gebiet* im Bereich von Bildung und Wissenschaft zeichnete sich kein klarer Vorsprung für CDU/CSU oder SPD ab. Nach der Wahl angestellte Untersuchungen zeigten, daß SPD-Wähler stärker als CDU/CSU-Wähler vom bildungspolitischen Engagement ihrer Partei überzeugt waren.

Tabelle 5

Motive der Wahlentscheidung
(Auszug aus einem Kartenspiel)

	Am 19. November 1972	
	CDU/CSU- Wähler	SPD- Wähler
	%	%
Dieses Motiv war für mich hauptsächlich mit- entscheidend:		
Ich wollte eine Partei wählen, die für eine wirksamere Verbrechensbekämpfung eintritt	50	26
Ich wollte eine Partei wählen, die mehr für die Schulen, für die Ausbildung unserer Kinder tut	28	37

QUELLE: ZDF-Umfrage nach den Bundestagswahlen, Dezember 1972, Allensbacher Archiv, Umfrage Nr. 2129

Es ist wichtig, festzustellen, daß im Bereich der Vorstellungen von „*Freiheit*“ die SPD einen Vorsprung vor der CDU besitzt.

Tabelle 6

FRAGEN: "Wo hätten Sie Vertrauen, daß die SPD dafür eintritt?"

"Wo hätten Sie Vertrauen, daß die CDU/CSU dafür eintritt?"

(Auszug aus einer umfassenderen Ermittlung über politische Ziele und den Ruf der Parteien, die für diese Ziele eintreten.)

	August 1972 Gesamtergebnis
	%
Für das Ziel: "Daß man seine Meinung überall frei und offen sagen kann"	
tritt besonders ein -	
die SPD	62
die CDU/CSU	52
Für das Ziel: "Daß der Staat die Freiheit seiner Bürger so wenig wie möglich einschränkt"	
tritt besonders ein -	
die SPD	45
die CDU/CSU	42

QUELLE: IfD-Umfrage 2123

Die Bemühungen der CDU/CSU um das Image einer Partei, die von *Wirtschaft* etwas versteht, erwiesen sich als erfolgreich. Das zeichnete sich bei den Oktober-Umfragen für das ZDF ab (vgl. Tabelle 7 und 8).

Wie im nächsten Abschnitt dargelegt werden wird, hat sich der Vorsprung der CDU/CSU im wirtschaftlichen Bereich nicht voll auswirken können, da es der SPD-Wahlpropaganda gelang, einem wirtschaftlichen Optimismus zum Durchbruch zu verhelfen.

Tabelle 7

FRAGE: *Daß die Preise fest bleiben, daß die Preise nicht steigen, welche Partei würde dafür am besten sorgen?*

	Ende September/ Anfang Oktober	Ende Oktober
	Beginn des Wahlkampfes %	Mitte des Wahlkampfes %
CDU/CSU	41	43
SPD	19	21
F.D.P.	3	4
DKP	1	1
NPD	1	1
Kein Unterschied	17	18
Unentschieden	18	12
	100	100

QUELLE: ZDF-Umfragen vor den Bundestagswahlen, Oktober 1972, Allensbacher Archiv, Umfragen Nr. 2126 und 2128

Tabelle 8

FRAGE: *Bei welcher Partei kann man am sichersten sein, daß es wirtschaftlich immer weiter aufwärtsgeht, daß die Menschen bei uns immer besser leben können?*

	Ende September/ Anfang Oktober	Ende Oktober
	Beginn des Wahlkampfes %	Mitte des Wahlkampfes %
CDU/CSU	36	37
SPD	31	34
F.D.P.	4	3
Sonstige Parteien	1	x
Kein Unterschied	13	15
Unentschieden	17	12
	102	101

Die Zahlen addieren zu mehr als 100, weil einzelne Befragte mehr als eine Partei nannten.
 QUELLE: ZDF-Umfragen vor den Bundestagswahlen, Oktober 1972, Allensbacher Archiv, Umfragen Nr. 2126 und 2128
 x = weniger als 0,5 Prozent.

Wollte man eine vollständige Beschreibung der Ausgangslage zum Bundestagswahlkampf 1972 geben, so müßte auch das Thema Kanzlerkandidat aufgenommen werden; doch möchten wir diese Frage später behandeln.

Die Messung der Zahl der Anhänger der Parteien zeigte fast das ganze Jahr hindurch und insbesondere bis zum Frühsommer ein unzweideutiges Übergewicht der Regierungsparteien; ausgenommen wenige Wochen nach dem Rücktritt Schillers, sah es nie so aus, als könnte die CDU/CSU eine absolute Mehrheit gewinnen.

Tabelle 9

FRAGE: *Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann wählen?*

(Wahlberechtigte mit konkreter Parteiangabe)

	1 9 7 2										
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Erste Hälfte August	Zweite Hälfte August	Sept.	Okt.
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
SPD	50	50	50	51	50	47	42	42	44	49	44
CDU/CSU	44	44	44	43	43	46	46	48	47	44	46
F.D.P.	5	5	5	5	5	5	7	6	6	5	6
Sonstige	1	1	1	1	2	2	5	4	3	2	2
	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, Umfragen Nr. 2077, 2078, 2079, 2080, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087

Nach der Ratifizierung der Ostverträge verlor die Ostpolitik rasch ihren bevorzugten Platz in der Aufmerksamkeit der Bevölkerung, und wirtschaftliche Fragen schoben sich in den Vordergrund.

Tabelle 10

FRAGE: *Was sind Ihrer Meinung nach im Augenblick die wichtigsten politischen Probleme - oder gibt es in Augenblick keine wichtigen Probleme?*

(Offene Frage ohne Vorgaben)

Auszug aus den Antworten

	Januar	April	Juni/ Juli	August	Sept.	Oktober
	%	%	%	%	%	%
Die wichtigsten politischen Probleme bilden zur Zeit -						
die Ostpolitik	40	65	10	9	11	13
wirtschaftliche Fragen (Stabilität der Preise, Vollbeschäftigung, Steuern)	39	23	38	39	37	33
Neuwahlen zum Bundestag	-	-	21	24	20	38
andere innenpolitische Probleme (u.a. Verbrechenbekämpfung, Umweltverschmutzung, Reformen)	12	13	19	25	21	12
Europa, Probleme der EWG	7	3	2	2	3	2
Erhaltung des Friedens	5	3	4	2	5	4
Vietnam	3	6	5	1	3	2

QUELLE: Allensbacher Archiv, Umfragen Nr. 2077, 2080, 2083, 2084, 2085, 2086

Zusammenfassend veröffentlichte das Institut Mitte Oktober die folgende Situationsbeschreibung:¹³

„Noch steht es auf des Messers Schneide, ob die SPD oder die CDU/CSU aus den Bundestagswahlen vom 19. November 1972 als stärkste Partei hervorgehen wird. Nach den Ergebnissen einer Umfrage, die wir im Auftrag des „Stern“ bei einem repräsentativen Querschnitt von rund 1000 Personen durchgeführt haben, waren zwischen dem 13. und 17. Oktober 46 % der wahlberechtigten und wahlwilligen Bevölkerung entschlossen, für die SPD zu stimmen, 45 % für die CDU/CSU und 6 % für die F.D.P. 3 % sprachen sich für sonstige Parteien aus, mehr für die DKP als die NPD.“

Ein Vergleich mit Resultaten einer Umfrage, die wir vier Wochen vor den Wahlen von 1969, also zu einem vergleichbaren Zeitpunkt veranstalteten, zeigt, daß sich die Wahlbevölkerung damals genauso wie heute entschied: 46 % wollten SPD wählen, 44 % die CDU/CSU, 6 % die F.D.P., 4 % sonstige Parteien. Ihrem Umfang nach haben sich die Sympathiegruppen für die Parteien also nicht verändert — ein sowohl für die Regierungs-Koalition als auch für die Opposition bemerkenswerter Sachverhalt.

Entgegen einer weitverbreiteten Annahme war auch die Zahl der Unentschiedenen nicht größer als vier Wochen vor den Wahlen von 1969: sie betrug damals durchschnittlich 19 % und liegt jetzt bei 18 %. Einen Monat vor den Wahlen von 1969 waren 87 % der Stimmberechtigten entschlossen, zur Wahl zu gehen; diesmal 89 %.

Daß die CDU/CSU aus dieser Ausgangslage heraus am 19. November die absolute Mehrheit sollte gewinnen können, wirkte außerordentlich unwahrscheinlich. Immerhin aber konnte man zu diesem Zeitpunkt Anfang Oktober auf einen nur wenige Monate zurückliegenden Wahlkampf hinweisen, in dem die Situation rund zehn Wochen vor der Wahl, rein zahlenmäßig betrachtet, für die CDU kaum günstiger war. Auch dort, wo bei den *Landtagswahlen in Baden-Württemberg* im Frühjahr 1972, schien zunächst eine Überrundung durch SPD/F.D.P. greifbar nahe. Dann aber gewann die CDU zwischen Mitte Februar und Ende März 3 % der Wählerstimmen hinzu und damit am 23. April die absolute Mehrheit¹⁴.

Es gelang damals, einen Sog zugunsten der CDU im Lande zu erzeugen, allerdings unter Umständen, die von der Lage im Bund im Herbst charakteristisch abwichen: Die CDU befand sich in Baden-Württemberg in der Regierung, mußte also nicht aus der Opposition heraus kämpfen, und sie besaß mit *Filbinger* eine Persönlichkeit, die eindeutig die Szene beherrschte. Außerdem konnte sie das ganze Potential der Bundespartei auf den Bereich eines Bundeslandes konzentrieren. Wie stark die Strömung war, die zugunsten der CDU auf diese Weise ausgelöst wurde, läßt sich am deutlichsten an dem Wachstum der Popularität *Filbingers* im kurzen Zeitraum von sechs Wochen erkennen. Auf die Frage: „Einmal ganz allgemein gefragt, wer wäre Ihnen als Ministerpräsident lieber — *Filbinger* oder *Krause*?“ stiegen die Antworten „*Filbinger*“ von 48 % in der ersten Februar-Hälfte auf 54 % in der zweiten März-Hälfte, während die Stimmen für *Krause* mit 27 % unverändert stark blieben¹⁵. Auch im Bundesgebiet kam in den letzten Wochen des Wahlkampfes ein Sog zustande, aber diesmal zugunsten der SPD/F.D.P.

Der Wahlkampf

Man hat nach dem Ergebnis der Bundestagswahl bei der CDU zu zweifeln begonnen, ob das Anliegen der Geldwertstabilität der Bevölkerung wirklich so wichtig sei, wie man aus den mannigfachen demoskopischen Umfragen übereinstimmend ablesen konnte. Dort rangierte unter den politischen Wünschen seit langem und besonders unbestritten nach der Ratifizierung der Ostverträge die Forderung nach Einhalt des Preisauflaufs auf dem ersten Platz¹⁶.

Die Besorgnis vor Preissteigerungen wird zweifellos gemildert, solange die eigene wirtschaftliche Lage als ganz

überwiegend befriedigend empfunden wird. Unmittelbar nach den Wahlen antworteten auf die Frage: „Wie beurteilen Sie heute Ihre eigene wirtschaftliche Lage?“¹⁷ nur 5 % mit „eher schlecht“ und „schlecht“, während am anderen Ende 66 % sie als „sehr gut“ oder „gut“ bezeichneten. (Der Rest der Stimmen entfiel auf „teils, teils“ und „keine konkrete Angabe“.) Vor allem aber gelang es dem SPD/F.D.P.-Wahlkampf, eine Stimmung zu erzeugen, die Bedenken wegen der wirtschaftlichen Entwicklung — und damit ein zentrales Thema des CDU-Wahlkampfes — unmittelbar abfing.

35 % beantworteten Anfang Oktober die Frage: „Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik?“ mit „sehr gut“ und „gut“. Bis Ende Oktober stieg diese Zahl auf 47 %. „Eher schlecht“ oder „schlecht“ fanden die wirtschaftliche Lage Ende Oktober lediglich 12 %¹⁸. Diese Zunahme der optimistischen Stimmen ist außerordentlich bemerkenswert; denn in solchen Fragen pflegen sich die Meinungen sonst nicht rasch zu verändern; und die wirtschaftliche Lage selbst änderte sich erst recht nicht innerhalb eines so kurzen Zeitraumes im Oktober.

Wir haben hier die erste Kostprobe, daß psychologische Kräfte zu wirken begonnen hatten (wie das in einem Wahlkampf natürlich beabsichtigt ist), und zwar zuungunsten der CDU. Für das Zweite Deutsche Fernsehen wurden Ende September/Anfang Oktober und wiederum Ende Oktober zweimal dieselben Personen über ihre Ansichten zu politischen Themen und Personen befragt. Überschaut man das gesamte Material, so findet man an nahezu jedem Punkt kleine oder größere Positionsverbesserungen für die SPD/F.D.P., Bodenverluste für die CDU. Wirft man einmal einen Blick auf die Tabellen 1 und 2, so findet man auch dort die Bodengewinne der SPD/F.D.P. in der Einschätzung ihrer Leistungsfähigkeit. Andererseits veränderten sich während dieser Zeit die Wahlabsichten der Bevölkerung kaum, die wöchentliche Berichterstattung des „Stern“ gab die Möglichkeit, das genau zu verfolgen.

Tabelle 11

	1 9 7 2			
	2. - 14. Okt.	17. - 21. Okt.	24. - 28. Okt.	1. - 6. Nov.
	%	%	%	%
SPD	46	44,9	45,8	45,7
CDU/CSU	45	46,4	46,0	46,5
F.D.P.	6	5,6	7,1	6,1
Andere	3	3,1	1,1	1,7
	100	100,0	100,0	100,0

QUELLE: STERN Nr. 48/1972, Seite 3
Allensbacher Archiv, Umfrage-Nrn. 2085/1 und 11, 2087/1 und 11

Und dennoch veränderte sich das Klima inzwischen, wie schon der *wachsende Optimismus über die wirtschaftliche Lage* verriet und vor allem zwei Fragen bezeugen, bei denen die Wähler nicht über ihre eigene Wahlabsicht berichteten, sondern ihre Umweltbeobachtungen. Die Erwartung, daß die SPD die Wahl gewinnen werde, stieg von 23 % Anfang Oktober auf 33 % eine Woche vor der Bundestagswahl, während die Stimmen, die auf die CDU setzten, nahezu unverändert blieben. Zugleich breitete sich die Meinung aus, die meisten Leute im Lande wollten Willy Brandt als Bundeskanzler behalten — von 34 % auf 45 % innerhalb von drei Wochen.

Tabelle 12

FRAGE: "Wissen kann das natürlich niemand, aber was glauben Sie, wer die kommende Bundestagswahl gewinnt, wer die meisten Stimmen bekommt: die CDU oder die SPD?"

	9. - 14. Okt.	17. - 21. Okt.	24. - 28. Okt.	1. - 6. Nov.	9. - 14. Nov.
Die SPD	23	28	32	31	33
Die CDU	36	31	33	32	33
Unmöglich zu sagen	41	41	35	37	34
	100	100	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, Umfrage-Nrn. 2086/1 und 11, 2087/1 und 11, 2088

Tabelle 13

FRAGE: "Glauben Sie, daß die meisten Leute bei uns Willy Brandt als Bundeskanzler behalten wollen, oder daß die meisten lieber einen anderen Bundeskanzler hätten? Was vermuten Sie?"

	Ende September/ Anfang Oktober Beginn des Wahl- kampfes	Ende Oktober Mitte des Wahl- kampfes
Die meisten wollen Brandt als Bundeskanzler behalten	34	45
Die meisten hätten lieber einen anderen	33	26
Unentschieden	33	29
	100	100

QUELLE: ZDF-Umfragen vor den Bundestagswahlen, Oktober 1972, Allensbacher Archiv, Umfrage-Nrn. 2126 und 2128

Da der Druck der öffentlichen Meinung zustande kommt durch ein Wechselspiel zwischen persönlichen Überzeugungen der Wähler und ihrer Beobachtungen, welche Strömungen in der Umwelt herrschen oder sich durchsetzen, so ist die Bedeutung des Sogs, der in den eben gezeigten zwei Tabellen erkennbar wird, nicht gering zu veranschlagen. Die Wirksamkeit derartiger Strömungen wird heute verstärkt durch die Lockerung des gesellschaftlichen Gefüges, wie sie sich in der Aufgabe traditioneller Partei-bindungen zeigt. 1969 sagten 22 %, 1972 in den Wochen vor der Wahl 31 %, daß sie nicht immer die gleiche Partei wählten, sondern abwechselten¹⁹.

An dieser Stelle wären Hintergründe zu behandeln, wie das für die SPD/F.D.P. spürbar günstige Klima zustande kam — es wären die Eindrücke der Wähler von Plakaten, Broschüren, Flugblättern, Anzeigen, Fernsehspots zu beschreiben, aber auch die Rolle, die sichtbare Wahlbekenntnisse — Anstecknadeln, Plaketten, Aufkleber an Autos — gespielt haben und ebenso sichtbar die negativen Aktionen zerrissener und beschmutzter Plakate; schließlich die Eindrücke, welche Partei in der Basisarbeit intensiver gewesen sei, die Wirkung führender Politiker in den politischen Sendungen des Fernsehens und, teilweise verknüpft damit, Empfindungen, auf welcher Seite „das Fernsehen“ stehe.

Die Untersuchungsergebnisse zu diesem Komplex sind noch nicht frei verfügbar und können darum hier nicht berichtet werden. Dies ist aber auch kaum ein Schaden. Die Befunde werden wichtig sein, wenn neue Wahlkampfstrategien entworfen werden. Aber schon jetzt kann man festhalten, daß man wohl auch in der nächsten Zukunft mit Wahlkämpfen rechnen muß, die durch das Aufkommen starker Strömungen in den letzten Wochen stark beeinflußt, wenn nicht entschieden werden.

So scheinbar festgefahren, wie die Fronten im Oktober und noch Anfang November 1972 wirkten: nach allem, was wir erkennen können, haben sich rund 3 % der Wähler in der vorletzten Woche vor der Wahl der SPD zugewandt und damit ihren Erststimmenanteil von etwa 45,7 auf 48,9 % angehoben. Man wird nicht sagen dürfen, daß dies allein die Veröffentlichung über den Abschluß des Grundvertrages in dieser vorletzten Woche bewirkt hätte. Die Veröffentlichung hat wahrscheinlich einen letzten Anstoß gegeben in einem Klima, das eine Wendung zur SPD zunehmend begünstigte.

Verschiedene Bevölkerungsgruppen reagieren unterschiedlich stark auf den Druck sozialpsychologischer Kräfte. Wir kommen auf diesen Punkt im übernächsten Abschnitt zurück.

Wirtschaftliche Argumente

Um noch einmal auf den wirtschaftlichen Bereich, die Bedeutung wirtschaftlicher Argumente im Wahlkampf '72 einzugehen: Es überlagerten sich hier nicht nur *Sorge um die Geldstabilität* und Zufriedenheit mit den eigenen wirtschaftlichen Verhältnissen. Widersprüchliche Tendenzen sind auch darin zu erkennen, daß die Bevölkerung einerseits ganz überwiegend für das privatwirtschaftliche Wirtschaftssystem eintritt und eine Entwicklung zum Sozialismus nicht begrüßt, andererseits aber vor allem bei den Jungwählern starke *marxistische Gegenströmungen* aufkommen, die das Meinungsklima insgesamt beeinflussen und den wirtschaftlichen Sektor problematisch werden lassen.

Tabelle 14

Zur Verbreitung marxistischer Überzeugungen in der jungen Generation

FRAGE: "Wenn Sie von Unternehmern hören - denken Sie, das sind tüchtige Leute oder Leute, die bloß aus der Arbeit anderer ihren Profit ziehen?"

	18- bis 24jährige Männer	Bevölkerung ab 18 Jahre insgesamt
	%	%
Tüchtige Leute	33	49
Ziehen nur ihren Profit aus der Arbeit anderer	30	20
Unentschieden	37	31
	100	100

FRAGE: "Sind Sie für oder gegen mehr Sozialismus in der Bundesrepublik?"

	18- bis 24jährige Männer	Bevölkerung ab 18 Jahre insgesamt
	%	%
Dafür	54	29
Dagegen	31	37
Unentschieden	15	34
	100	100

Als Männer, die heute ein Vorbild sein können, erklärten -

	18- bis 24jährige Männer	Bevölkerung ab 18 Jahre insgesamt
	%	%
W.I. Lenin	18	4
Karl Marx	20	7

QUELLE: Allensbacher Archiv, Dezember 1972, Umfrage Nr. 2129

Tabelle 15

FRAGE: "Halten Sie den Klassenkampf für schädlich oder für notwendig?"

	Mai/Juni 1950	Dezember 1971
	%	%
Schädlich	45	32
Notwendig	21	28
Unentschieden	22	25
Nichts von Klassenkampf gehört	12	15
	100	100

Vergleich der Einstellung unter 30jährigen zum Klassenkampf 1950 - 1971

	Mai/Juni 1950	Dezember 1971
	%	%
Schädlich	43	24
Notwendig	19	40
Unentschieden	22	22
Nichts von Klassenkampf gehört	16	14
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, Umfragen Nr. 031 (Mai/Juni 1950) und Nr. 2076 (Dezember 1971)

Hinzu kommt — mit dem Gedanken an Wirtschaft eng verbunden — der eher *kritische Gedanke an Leistung*. Material, das hier aus Raumgründen nicht vorgelegt werden kann, zeigt einerseits eine nachlassende Neigung zu beruflicher Anstrengung, Leistungsbereitschaft im Laufe der letzten zehn Jahre, andererseits eine weitverbreitete Überzeugung, man müsse sich heute mehr als früher im Beruf anstrengen.

Eine Besorgnis, daß das privatwirtschaftliche Wirtschaftssystem in Gefahr geraten könnte, hat im Wahlkampf '72

noch keine nennenswerte Rolle gespielt. Dagegen gelang es der SPD-Propaganda, Sorge vor Arbeitslosigkeit zu wecken — im wirtschaftlichen Bereich, auf den sich die CDU/CSU konzentrierte, ein Pluspunkt für die SPD, die als die Partei gilt, die Arbeitslosigkeit wirksamer zu verhindern vermag. Die folgende Tabelle illustriert die Bedeutung der Furcht vor einem Linksrutsch einerseits und Arbeitslosigkeit andererseits in vier Landtags- (beziehungsweise Bürgerschafts-)Wahlen und im Vergleich dazu bei der Bundestagswahl 1972.

Das Ziel „wirtschaftliches Wachstum“ scheint seinen Glanz einzubüßen. Man muß in solchem Zusammenhang selbst *leichte Umkehr Tendenzen* beachten. So äußerten vor der Bundestagswahl 1969 71%, im Herbst 1972 jedoch nur 67%, sie hielten es für besonders wichtig, „daß sich unsere Wirtschaft wieder aufwärtsentwickelt“.²⁰

Tabelle 16

	Landtagswahl Rhein-land-Pfalz März 1971	Landtagswahl Schleswig-Holstein April 1971	Bürger-schafts-wahl Bremen Oktober 1971	Landtagswahl Baden-Württemberg April 1972	Bundestagswahl November 1972
	%	%	%	%	%
<u>Auszug aus einer umfassenderen Ermittlung</u>					
Als eines der hauptsächlichsten Motive für die Wahlentscheidung nannten:					
"Ich wollte, daß die politische Entwicklung bei uns nicht weiter nach links geht"	27	36	30	26	29
"Ich habe mir Sorge um die Sicherung der Arbeitsplätze gemacht" -					
"Ich wollte eine Partei wählen, die für die Sicherung der Arbeitsplätze eintritt"	19	22	25	17	41

QUELLE: Allensbacher Archiv, Umfrage-Nrn.: 1198, 1196, 1199, 2111, 2113/II, 2089

Mit diesem Abschnitt sind einige Probleme angedeutet, die sich daraus ergeben, wenn heute in einem Wahlkampf die CDU/CSU ihre Argumente auf wirtschaftliche Fragen konzentriert. Ob es nicht auch andere Bedenken geben könnte bei einer Partei, die sich nicht als „Interessen-Partei“ versteht, sondern — angesichts der kirchlichen Bindung für die Wahlentscheidung (S. 48 ff., S. 49 ff.) — eine stark ethische Komponente besitzen müßte, braucht hier nicht diskutiert zu werden.

Die Kanzlerkandidaten

Die Bundestagswahl 1972 wird vielfach als „Kanzlerwahl“ apostrophiert. Die demoskopischen Analysen lassen jedoch Bundeskanzler Brandt *nicht* als eine so stark die Wahl entscheidende Gestalt erscheinen. Sein Image hat sich in den drei Jahren der Regierungszeit in den eigentlich politischen Elementen nicht verstärkt, sehr wohl dagegen in bezug auf menschliche Qualitäten.

Aus der Verstärkung von Qualitäten wie „gütig“ und „väterlich“ hat man die Vermutung abgeleitet, daß insbesondere Frauen stark von der „Vaterfigur“ Brandt angezogen worden seien und daß dies ihre überdurchschnittliche Zuwendung zur SPD (die noch präziser beschrieben wird) erkläre. In den vorliegenden Umfragedaten finden wir dafür keine Bestätigung²¹.

Ein Vergleich zwischen der Popularität Brandts und der anderer SPD-Politiker zeigt auch keine ausgeprägte Starrolle — wie sie etwa Kiesinger 1969 vor anderen CDU-Politikern besaß. Erst im Wahlkampf brach sich, wie wir schon gesehen haben²², die Meinung Bahn, die meisten Leute im Lande wollten Brandt als Bundeskanzler behalten; Anfang Oktober dachten das nur 37%. Aber kein Zweifel: auch negative Einstellungen zu Bundeskanzler Brandt waren selten, bei SPD- und F.D.P.-Anhängern praktisch gar nicht zu finden²³.

Diese Ungebrochenheit im Verhältnis von Parteineigung und Zustimmung zum Kandidaten der Partei hat für den Wahlsieg der SPD zweifellos eine große Bedeutung gehabt.

Man wird immer mit einem Popularitätsvorsprung des amtierenden Regierungschefs rechnen. Es haben sich dafür Ausdrücke wie „Bundeskanzler-Bonus“ oder „Ministerpräsidenten-Bonus“ eingebürgert. In dieser Lage und angesichts der bereits festgefügt SPD/F.D.P.-Koalition braucht ein Kanzlerkandidat der CDU/CSU, der eine absolute Mehrheit erkämpfen will, eine ungewöhnliche Anziehungskraft und einen gewissen Spielraum von Sympathie auch bei schwankenden SPD- und F.D.P.-Wählern. Die Bedeutung der Person des Kanzlerkandidaten stellte sich schon etwa anderthalb Jahre vor dem Wahltermin heraus, als das Ergebnis einer Allensbacher Untersuchung zu diesem Thema vom „Stern“ unter der Schlagzeile „Nur mit Schröder kann die CDU gewinnen“ zusammengefaßt worden war²⁴. Diese überragende Anziehungskraft besaß der Oppositionsführer Rainer Barzel im Wahlkampf 72 nicht. Auch von den potentiellen CDU/CSU-Wählern konnte sich rund ein Drittel noch Ende Oktober nicht mit dem Kanzlerkandidaten befreunden.

Der Konflikt zwischen Neigung zur CDU/CSU, aber Abneigung gegen ihren Kanzlerkandidaten blieb nicht ohne Auswirkung auf die Wahlentscheidung. Von allen Wählern, die Anfang Oktober ihre Neigung zur CDU erklärten und auch Barzel als Kanzlerkandidaten billigten, haben später tatsächlich 95% CDU/CSU gewählt. Von allen

Wählern hingegen, die sich Anfang Oktober als CDU/Anhänger bezeichneten, die aber Barzel als Kanzler ablehnten, stimmten schließlich nur 73% für die CDU/CSU, 20% entschieden sich für die SPD und 7% für die F.D.P. Da wie gesagt rund ein Drittel (auf die Wählerschaft insgesamt bezogen rund 15%) der am Beginn des Wahlkampfes zur CDU neigenden Wähler den Vorsitzenden der CDU, Barzel, als Kanzler ablehnten, ergibt sich, daß es sich hier um drei bis vier Prozent der Wählerstimmen handelt, die nicht bei ihrer CDU/CSU-Wahlabsicht festgehalten werden konnten.

Tabelle 17

FRAGE: „Nach der kommenden Bundestagswahl wird ja wieder neu entschieden, wer Bundeskanzler wird. Wer wäre Ihnen als Bundeskanzler lieber: Willy Brandt oder Rainer Barzel, oder gefällt Ihnen eigentlich keiner von beiden so richtig?“

	Gesamt- ergebnis	SPD-An- hänger	CDU/CSU- Anhänger
	%	%	%
Lieber Brandt	48	93	4
Lieber Barzel	26	1	63
Mir gefällt keiner von beiden	21	5	29
Unentschieden	5	1	4
	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, November 1972, Umfrage-Nr. 2088

Auf der anderen Seite spielt bei dieser Frage auch die ziemlich geschlossene Ablehnung des Politikers Barzel durch SPD- und F.D.P.-Anhänger eine Rolle — nicht als Kanzlerkandidat (was weitgehend selbstverständlich wäre), sondern bei der ganz allgemein gehaltenen Frage, ob man über Rainer Barzel eine gute oder keine gute Meinung habe. 8% der SPD-Anhänger, 11% der F.D.P.-Anhänger äußerten eine „gute Meinung“, 83% der SPD-Anhänger, 81% der F.D.P.-Anhänger erklärten: „Keine gute Meinung.“ Auffallend wenige blieben unentschieden²⁵. Dies bedeutet wenig Spielraum für einen Wechsel der Wahlabsicht zugunsten der CDU/CSU. Man muß auch annehmen, daß der zuvor schon erwähnte sehr hohe Prozentsatz von SPD-Wählern und -Wählerinnen, die es mit zur Hauptsache ihrer Wahlentscheidung erklärten, daß Brandt wieder Bundeskanzler werden sollte, mit der ausgesprochenen Ablehnung des Oppositionsführers zusammenhing. Es haben nämlich ebenfalls als „Hauptsache“ ihrer Wahlentscheidung erklärt: „Ich wollte, daß Barzel nicht Bundeskanzler wird“, 53% der SPD- und 46% der F.D.P.-Wähler. Dieses Argument rangierte also mit an der Spitze.

Wähler, die die Wahl entschieden

In dem folgenden Abschnitt wenden wir uns der Frage zu, welche Wählergruppen in überdurchschnittlichem Ausmaß am 19. November 1972 SPD gewählt haben. Die Frage der Zweitstimmen für die F.D.P. — zweifellos neben der

Tatsache, daß die CDU/CSU von der SPD überholt wurde, das zweite dramatische Ereignis — bleibt im Rahmen dieser Aufzeichnung ausgespart.

Resultate der Analysen des amtlichen Wahlergebnisses nach Bundesländern oder Ortsgrößen oder nach Bevölkerungsstruktur der Wahlkreise werden hier nicht wiederholt. Wir berichten, gestützt auf die Allensbacher Erhebungen von 1969 und 1972, nach denen auch die Wahlprognosen berechnet wurden.

Berichtet wird über *Veränderungen* gegenüber 1969, und zwar über relative Zunahmen und Abnahmen der Stimmen für SPD und CDU/CSU, auf der Basis der Zweitstimmenverteilung.

Wie schon 1969 und schon einmal in etwa ähnlicher Stärke haben 1972 *die Frauen* den Stimmenzuwachs für die SPD bewirkt. Die relative Zunahme an Wähler-Stimmen betrug 11 %, für Männer wurde umgekehrt eine relative Stimmenzunahme von 5 % für die CDU/CSU verzeichnet.

Tabelle 18

Relativer Zuwachs an SPD-Stimmen bei Männern und Frauen verschiedener Altersgruppen:
1972 verglichen mit 1969

	Männer	Frauen
	%	%
18- bis 29jährige	+ 23	+ 9
30- bis 44jährige	+ 5	+ 3
45- bis 59jährige	- 6	+ 24
60jährige und Ältere	- 3	+ 0

Der traditionell große Abstand in der Entscheidung von Männern und Frauen für die CDU/CSU hat sich damit erstmals verringert. Noch immer aber wurde die CDU/CSU auch im November 1972 von Frauen in höherem Anteil gewählt (48 %) als von Männern (42 %). SPD wählten rund 43 % der Frauen, 49 % der Männer.

Aber einiges hat sich seit 1969 geändert: Damals wandten sich vor allem Frauen aus dem Berufskreis der selbständigen Geschäftsleute und Angehörigen freier Berufe sowie der leitenden Beamten und Angestellten der SPD zu, Frauen aus gehobenen Sozialschichten also. Unter Frauen mit höherer Schulbildung stimmten 1969 15 % mehr als 1965 für die SPD. 1972 genau umgekehrt. Wählerinnen aus dem Berufskreis der leitenden Angestellten und höheren Beamten verringerten ihren SPD-Stimmenanteil um 20 % und kehrten zur CDU/CSU zurück (relative Zunahme 18 %). Für den SPD-Zuwachs sorgten diesmal die Frauen aus den Berufskreisen der Arbeiter, mittleren und einfachen Angestellten und Beamten: + 15 % (CDU/CSU: — 14 %). Hier spiegelt sich eine Umschichtung in

der Wählerschaft, die ziemlich bald nach 1969 einsetzte. SPD-Wähler aus gehobenen Sozialschichten von 1969 begannen sich schon 1970 teilweise von der SPD abzuwenden, während gegenläufig dazu, von der Regierungsbildung Brandt/Scheel ermutigt, Angehörige aus einfachen Sozialschichten, insbesondere auch ungelernete und angelehrte Arbeiter, sich verstärkt als SPD-Anhänger erklärten.

Es waren übrigens nicht die jungen Frauen (unter 30), die den Stimmenzuwachs bei der SPD auslösten. (Es gibt hier charakteristische Unterschiede zwischen dem politischen Engagement für die SPD, das insbesondere bei den jungen Männern ausgeprägt ist.) Der Zuwachs zur SPD kam diesmal vor allem von Frauen zwischen 45 und 59 Jahren, die damit gleichsam eine Bewegung nachholten, die jüngere Frauen schon früher vollführt hatten. Um die Situation nicht schief zu sehen, müssen wir zwei Perspektiven zugleich im Auge behalten: den relativen Zuwachs an SPD-Stimmen bei Frauen verschiedener Altersgruppen gegenüber 1969 einerseits und den absoluten Anteil, in dem Frauen 1972 für die SPD stimmten, andererseits.

Tabelle 19

Wahlentscheidung von Männern und Frauen in verschiedenen Altersgruppen

Es wählen SPD:	Insgesamt	Männer	Frauen
	%	%	%
18- bis 29jährige*)	58	64	52
30- bis 44jährige	49	51	48
45- bis 59jährige	42	41	43
60jährige und Ältere	34	40	29
*)18- bis 24jährige allein	61	68	55
Es wählen CDU/CSU:			
18- bis 29jährige**)	33	28	37
30- bis 44jährige	42	42	42
45- bis 59jährige	45	44	47
60jährige und Ältere	60	52	67
**)18- bis 24 jährige allein	31	29	33

QUELLE: Allensbacher Archiv, Oktober/November 1972, Umfragen Nr. 2086/I und II, 2087/I und II, 2088

Wöchentlich ab Anfang Oktober 1972 durchgeführte Umfragen riefen schon bis Ende Oktober den Eindruck hervor, daß die Frauen noch beeinflubarer in ihrer Wahlentscheidung seien als die Männer und daß sie sich eher zur SPD wandten.

Es ist verständlich, daß atmosphärische Veränderungen, wie sie während des sechswöchigen Wahlkampfes eintraten, eher politisch halb oder gar nicht Interessierte beeindruckten. Bei der schon erwähnten Wiederholungsbefragung für das ZDF nannten politisch interessierte Befragte bei der Frage nach ihrer Wahlabsicht Anfang und Ende Oktober zu 90% dieselbe Partei, politisch nicht interessierte nur zu 65%. Auch der unmittelbare Vergleich zwischen Männern und Frauen zeigt, daß die Frauen in der letzten Phase des Wahlkampfes einflußbarer waren. 78% der Männer, 71% der Frauen nannten Anfang und Ende Oktober bei der Frage nach ihrer Wahlabsicht dieselbe Partei.

In früheren Wahlkämpfen mag der *unpolitische Teil der Bevölkerung* weniger einflußbar gewesen sein, weil traditionelle Bindungen bestanden. Vor der Ausbreitung des Fernsehens wurde die Haltung vieler Frauen treffend ausgedrückt, als eine ältere Frau im Interview auf die Frage, ob sie sich für Politik interessiere, antwortete: „Ich gehe wählen und sonst nichts.“ Es war leicht, keine Zeitung zu lesen oder in der Zeitung die Politik zu überschlagen. Durch das Fernsehen kommt auch der Unpolitische mit Politik, ob er will oder nicht, in Berührung.

Der Faktor Kirche

Eine andere Entwicklung hat die Beeinflussbarkeit der Wahlentscheidung von Frauen noch verstärkt: die nachlassende kirchliche Bindung, erkennbar unter anderem an dem rückläufigen Kirchenbesuch.

Das Stichwort, vor allem die katholischen Frauen hätten den Wahlsieg der SPD bewirkt, läßt sich aus dem Material der Allensbacher Erhebungen bestätigen. Bei den katholischen Wählern vergrößerte sich der SPD-Anteil gegenüber 1969 um 14%, und zwar bei Männern um 8%, bei Frauen um 25%.

Ergriffen wurden von dem Trend *regelmäßige Kirchenbesucher* (SPD-Stimmenanteil + 113 gegenüber 1969) ebenso wie solche, die nur gelegentlich oder nie zur Kirche gehen. Weniger gleichmäßig ist das Bild bei Protestanten. Kirchenferne Protestanten haben sich schon früh der SPD zugewandt. Bei der Bundestagswahl 1972 folgten ihnen Protestanten, die regelmäßig zur Kirche gehen, nach. Ihr SPD-Stimmenanteil vergrößerte sich gegenüber 1969 um + 21%. Auch hier gewann die SPD vor allem Frauenstimmen.

Männer haben, wie schon im letzten Abschnitt gezeigt wurde, gegenüber 1969 ihren Stimmenanteil für die CDU/CSU um rund 5% vergrößert. Dieser Zuwachs konzentriert sich fast vollständig bei Protestanten (+ 10% für die CDU/CSU, katholische Männer + 1%). Bei Frauen

verlor die CDU/CSU gegenüber 1969 sowohl unter Protestantinnen wie unter Katholikinnen 9%.

Sehr eigentümlich wirkt die Entwicklung in *Bayern*. Dort vergrößerte die SPD ihren Stimmenanteil bei Katholiken gegenüber 1969, relativ gesehen, um 23%, verlor hingegen bei Protestanten. Dagegen erzielte die CSU bei Protestanten in Bayern einen relativen Anstieg von 24%. Dies bedeutet, daß die gute Behauptung der CDU in Bayern ganz überwiegend auf die Wahlentscheidung der Protestanten zurückzuführen ist.

Tabelle 20

Es wählen CDU/CSU:	Insgesamt	Norddeutsches Raum mit Hessen	Nordrhein-Westfalen	Südwest	Bayern
Protestanten, die -					
- jeden, fast jeden Sonntag die Kirche besuchen	51,3	37,7	49,6	56,8	72,9
- ab und zu die Kirche besuchen ..	41,8	44,6	37,7	37,1	46,9
- selten zur Kirche gehen	32,1	34,7	24,5	32,4	37,6
- nie zur Kirche gehen	21,0	24,8	19,3	14,3	25,3
Katholiken, die -					
- jeden Sonntag zur Kirche gehen ..	86,8	93,1	83,4	89,2	86,8
- fast jeden Sonntag zur Kirche gehen	71,8	69,6	67,0	74,6	75,7
- ab und zu zur Kirche gehen	51,5	61,1	41,9	57,7	50,5
- selten zur Kirche gehen	35,7	39,4	29,0	39,4	38,5
- nie zur Kirche gehen	28,3	24,2	26,6	31,1	31,2
Es wählen SPD:					
Protestanten, die -					
- jeden, fast jeden Sonntag die Kirche besuchen	36,7	47,7	46,0	23,0	27,1
- ab und zu die Kirche besuchen ..	46,4	43,7	55,3	46,5	42,2
- selten zur Kirche gehen	56,3	55,8	63,7	51,9	46,9
- nie zur Kirche gehen	66,8	63,5	68,9	73,6	59,2
Katholiken, die -					
- jeden Sonntag zur Kirche gehen ..	11,3	6,9	15,0	9,5	10,6
- fast jeden Sonntag zur Kirche gehen	23,5	20,4	29,8	22,2	18,9
- ab und zu zur Kirche gehen	40,9	30,2	49,8	35,4	43,1
- selten zur Kirche gehen	56,3	52,0	66,3	44,5	57,7
- nie zur Kirche gehen	63,3	70,1	63,1	58,8	63,9

QUELLE: Allensbacher Archiv, Oktober/November 1972, Umfragen Nr. 2086/I und II, 2087/I und II, 2088

Wieder gilt: Die relativen Bewegungen dürfen nicht aus dem Bewußtsein verdrängen, daß nach wie vor Katholiken den entscheidenden Rückhalt der CDU/CSU bilden, und bei beiden Konfessionen ist die kirchliche Bindung, erkennbar an der Häufigkeit des Kirchenbesuchs, der wichtigste Faktor in der Entscheidung für die CDU/CSU.

Die Gewerkschaften

So ausschlaggebend wie die kirchliche Bindung für eine CDU/CSU-Wahlentscheidung ist umgekehrt die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft für eine Wahlentscheidung zugunsten der SPD.

Tabelle 21

	Insgesamt	Norddeutscher Raum mit Hessen	Nordrhein-Westfalen	Südwest	Bayern
Berufstätige Arbeitnehmer, gewerkschaftlich organisiert, wählen -					
	%	%	%	%	%
CDU/CSU	25,9	25,8	22,9	25,5	32,5
SPD	67,8	69,2	72,5	60,7	63,2
Berufstätige Arbeitnehmer, gewerkschaftlich nicht organisiert, wählen -					
CDU/CSU	42,6	37,0	38,1	46,3	53,3
SPD	46,9	50,5	51,0	43,0	40,1
<hr/>					
	MÄNNER				FRAUEN
Berufstätige Arbeitnehmer, gewerkschaftlich organisiert, wählen -					
	%				%
CDU/CSU	24,9				31,7
SPD	68,9				62,2
Berufstätige Arbeitnehmer, gewerkschaftlich nicht organisiert, wählen -					
CDU/CSU	44,1				40,8
SPD	45,2				48,9
<small>QUELLE: Allensbacher Archiv, Oktober/November 1972, Umfragen Nr. 2086/I und II, 2087/I und II, 2088</small>					

Verknüpft mit der Zuwendung von Angehörigen aus dem Berufskreis angelernter Arbeiter und einfacher Angestellter hat sich gegenüber 1969 vor allem der SPD-Stimmenanteil bei Gewerkschaftsangehörigen mit Volksschulbildung erhöht, und zwar charakteristisch in erster Linie in Großstädten (relativer Stimmenzuwachs für die SPD 16%, Verlust für die CDU/CSU 37%); in Städten mit weniger als 100 000 Einwohnern wuchs der relative Stimmenanteil der SPD bei Gewerkschaftsangehörigen mit Volksschulbildung um 9% und nahm für die CDU/CSU um 13% ab.

Jungwähler, Regionen, Frauen

Gegenüber 1969 hat die SPD einen relativen Stimmenzuwachs bei unter 30jährigen von 16% erzielt. Die jungen Anhänger waren, wie schon kurz gestreift, hauptsächlich Männer (relativer Zuwachs gegenüber 1969 23% für die SPD, Frauen 9%). Männliche Erstwähler gaben ihre Stimme zu 67% der SPD.

Gelegentlich wird heute angenommen, die junge Generation habe vielleicht umgekehrt während der großen Erfolge der Adenauer-Regierung in ähnlich hohem Anteil für die CDU/CSU gestimmt. Dies trifft nicht zu; die Stimmenanteile von CDU/CSU und SPD waren in den fünfziger Jahren bei unter 30jährigen etwa ausgeglichen.

Das starke Engagement der jungen Männer unter 30 war 1972 ein bemerkenswerter Vorteil bei der Organisation eines an der Basis ansetzenden und auch öffentlich sichtbaren Wahlkampfes.

Männer und Frauen haben sich, wie wir gesehen haben, in ihren politischen Überzeugungen weitgehend angenähert (insbesondere in den Altersgruppen zwischen 30 und 60 gibt es kaum mehr einen Unterschied). Konflikte, die es früher wahrscheinlich wegen der unterschiedlichen Parteineigung von Ehepaaren gab, sind abgelöst worden durch Spannungen zwischen den Generationen. Eltern von Kindern zwischen 14 und 34 Jahren erklären zu 30%, daß es zwischen ihnen und ihren Kindern zu politischen Meinungsverschiedenheiten komme. Hauptsächlich betroffen sind Familien in den gehobenen Sozialschichten und Väter mehr als Mütter.

Das Beispiel Bayern beweist, daß auch bei der Bundestagswahl 1972 Verhältnisse möglich waren, in denen Erstwähler sich in zwei etwa gleich starken Gruppen gegenüberstanden. 45% der 18- bis 24jährigen wählten in Bayern CSU, 49% SPD.

Öffentliche Meinung ist ein räumliches Phänomen, das heißt, öffentliche Meinung entwickelt sich in bestimmten abgrenzbaren Gebieten: in einem Land, einer Region, einer Stadt, vielleicht sogar nur einer Straße. Das hängt zusammen mit der Natur der öffentlichen Meinung, die auf Umweltbeobachtung der Individuen beruht. Im Bundestagswahlkampf 1972 hat sich das eindrucksvoll bestätigt.

In den verschiedenen regionalen Bereichen entwickelte sich im Wahlkampf der Sog zur SPD in ganz unterschiedlicher Stärke. Das läßt sich ablesen an der Zunahme der Überzeugung, die SPD werde siegen (eine Frage, die wir schon mehrfach als typischen Ausdruck von Umweltbeobachtungen und als Indikator für die Entwicklung einer dynamischen Situation benutzt haben). Zwischen Anfang Oktober und Mitte November vergrößerte sich die Zahl der Personen, die einen SPD-Sieg erwarteten, im Durchschnitt um 7% (von 26 auf 33%), in Norddeutschland mit Hessen um 9%, in Nordrhein-Westfalen um 12%, in Südwestdeutschland um 4% und in Bayern ebenfalls um 4%. Dagegen stieg die Siegeserwartung für die CDU/CSU in Bayern von 28 auf 40%, während sie im Bundesdurchschnitt von Anfang bis zu Ende unverändert blieb. Kehren wir noch einmal zu den Frauen zurück. Ihre Zuwendung zur SPD war keine allgemeine Erscheinung, sondern konzentrierte sich in Nordrhein-Westfalen (+ 22%), dort also, wo der Umschlag im Meinungsklima am deutlichsten spürbar wurde (zum Vergleich: Norddeutschland und Hessen + 2%, Südwestdeutschland + 9% und Bayern + 14%).

Siedlungsdichte, gesprächsbereites Temperament, Lockerung kirchlicher Bindungen in einem in hohem Anteil katholischen Bundesland mögen mitgespielt haben, aber die Schlußfolgerung gilt allgemein. In absehbarer Zukunft werden Wahlen in zwei Phasen entschieden werden: in der Zeit außerhalb von Wahlkämpfen und das heißt: vom Beginn einer neuen Regierungsbildung bis zur Auflösung des Parlaments durch politische Entscheidungen, Handlungen, Überzeugung der Wähler, und nur auf dem

in dieser Zeit gewonnenen Grund läßt sich eine Wahl gewinnen; und in einer zweiten Phase, im Wahlkampf selbst, in der es weniger auf Argumente als auf die Erzeugung einer Stimmung ankommt.

¹ Mehr-Themen-Umfrage, rund 2000 Interviews; repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahren im Bundesgebiet und West-Berlin, Allensbacher Archiv, Umfrage-Nummer 2089. ² Allensbacher Archiv, IfD-Bericht Nr. 1770 und 1770/II. ³ Allensbacher Archiv, IfD-Bericht Nr. 1820 und 1820/IA. Vergleiche auch die Veröffentlichung im SPIEGEL Nr. 17, Jahrgang 26, vom 17. April 1972. ⁴ Anlage 1: Wahlanalyse für den SPIEGEL, Aug. 1969. Leicht gekürzt abgedruckt in DIE ZEIT Nr. 37 vom 12. 9. 1969, Seite 3 ff.: Was hält der Wähler von wem? Eine Analyse der Allensbacher Umfragen. Die vollständige Fassung ist diesem Gutachten beigelegt. ⁵ Allensbacher Berichte: „Links-Trend bei den Wählerinnen“, Dezember 1969. ⁶ Literaturangaben und eine ausführliche Darstellung der Zusammenhänge werden auf Wunsch übersandt. ⁷ Allensbacher Archiv, IfD-Bericht Nr. 1489: Auswirkungen des Fernsehens in Deutschland (1968). ⁸ AWA 1972. ⁹ 1969 erklärten sich nach Allensbacher Umfragen etwa sechs Wochen vor der Wahl 41 Prozent am Wahlkampf interessiert; 1972 waren es 58 Prozent. „Vier Wochen vor der Wahl“, STERN Nr. 45, vom 19. Oktober 1972, Seiten 54–56, 58 und 65. ¹⁰ In gekürzter Fassung erschienen in DIE ZEIT Nr. 13, vom 26. 3. 1971, Seite 3. ¹¹ Anlage 2, Seiten 3 und 20. ¹² Allensbacher Berichte: „Demoskopische Jahrestafel 1972“, Nr. 1/1973. ¹³ „Vier Wochen vor der Wahl“, STERN Nr. 45, vom 19. Oktober 1972. ¹⁴ Allensbacher Archiv, IfD-Berichte Nr. 1820/I und 1820/II. ¹⁵ Allens-

bacher Archiv, IfD-Bericht Nr. 1820/II, Seite 5. ¹⁶ Allensbacher Berichte: „Licht auf die Wahlkampfzene“, Nr. 30/1972, Seite 7. ¹⁷ ZDF-Umfrage nach den Bundestagswahlen, Dezember 1972, Allensbacher Archiv, Umfrage-Nr. 2129. ¹⁸ Quelle: ZDF-Umfragen vor den Bundestagswahlen, Oktober 1972, Allensbacher Archiv, Umfrage-Nrn. 2126 und 2128. ¹⁹ Allensbacher Archiv, Umfrage-Nrn. 2056 und 2086. ²⁰ ZDF-Wahlumfragen, September 1969 (Allensbacher Archiv, Umfrage-Nr. 1182) und Oktober 1972 (Allensbacher Archiv, Umfrage-Nr. 2126). ²¹ 77 Prozent der männlichen SPD-Wähler, 78 Prozent der SPD-Wählerinnen sagten, mit ein Hauptgrund für ihre Wahlentscheidung sei gewesen, daß sie Brandt als Bundeskanzler behalten wollten. Man muß dabei auch bedenken, daß Frauen im allgemeinen ihre Wahlentscheidung eher personell begründen als Männer. So erklärten 34 Prozent der männlichen SPD-Wähler, aber 42 Prozent der SPD-Wählerinnen, daß ihnen der Wahlkreis Kandidat der SPD besonders gut gefallen hätte und daß dies ein wichtiger Grund für sie gewesen sei, für die SPD zu stimmen (Allensbacher Archiv, Umfrage-Nr. 2089). ²² Tabelle 17, Seite 85. ²³ Ende Oktober erklärten ein Prozent der SPD-Anhänger und fünf Prozent der F.D.P.-Anhänger, sie hätten keine gute Meinung von Willy Brandt. CDU/CSU-Anhänger: 57 Prozent. Eine gute Meinung über Brandt äußerten 95 Prozent der SPD-Anhänger, 91 Prozent der F.D.P.-Anhänger, 23 Prozent der CDU/CSU-Anhänger (Allensbacher Archiv, Oktober 1972, Umfrage-Nr. 2128). ²⁴ In Parallelumfragen waren damals als Kanzlerkandidaten einerseits Brandt und Barzel vorgestellt worden: hier entschieden sich 50 Prozent für Brandt, 34 Prozent für Barzel; dann Brandt und Schröder: hier stimmten 43 Prozent für Brandt, 41 Prozent für Schröder. Stern Nr. 29/1971; Allensbacher Archiv, Juni 1971, Umfrage-Nr. 2104. ²⁵ Allensbacher Archiv, Ende Oktober 1972, Umfrage-Nr. 2128.

Sonderberichterstattung Synode (XV)

Die zweite Arbeitssitzung in Würzburg

Die Mitglieder der Gemeinsamen Synode fuhrten am 3. Januar mit keinem allzu großen Optimismus zur zweiten Arbeitssitzung nach Würzburg. Darauf deuteten sogar die numerischen Verhältnisse in der Synodenaula hin. Man hatte zwar überraschend wenig um Mehrheiten zu ringen. Selbst mit der Nachwahl eines Mitgliedes des Rechtsausschusses kam man diesmal nach zwei Abstimmungsgängen relativ leicht über die Runden, nachdem Prof. *Karl Forster* (Augsburg) und Prof. *Walter Kasper* (Tübingen) ihre Kandidaturen vom Mai 1972 in einer Art Gentleman's Agreement zurückgezogen hatten. Aber der Anwesenheitspegel blieb unterhalb der erwarteten Höhe. 270 war die Höchstzahl (von 320 Mitgliedern), die bei Abstimmungen gezählt wurde, und gegen Schluß am 7. Januar, als so mancher Synodale vorzeitig aufbrach, drohte dem Gremium sogar Beschlusunfähigkeit.

Unter den teilweise oder ganz *Abwesenden* zählte man nicht nur „Hinterbänkler“, sondern auch manch bekannten Namen: Bischöfe, Minister und selbst Kommissionsvorsitzende. Manchen von ihnen zwang die winterliche Grippe zum Fernbleiben. Ein bißchen hatte sich von den Synodenverantwortlichen bis zu den Journalisten (die dennoch zahlreich die Debatten im Dom verfolgten) auch der Unmut über die neuerliche Verlegung der Vollversammlung in die Zeit zwischen den Weihnachtsfeiertagen

Luft gemacht. (In Zukunft sollen die jährlich zwei Sitzungen im Mai — vom Mittwoch vor Christi Himmelfahrt bis Sonntag nach Christi Himmelfahrt — und im November — vom Abend des Buß- und Bettages bis zum darauffolgenden Sonntag — stattfinden.)

Aber es war auch einiger Defätismus im Spiel: Man hatte zwar von den Orden über die Gastarbeiter bis zur Ökumene eine Reihe von *soliden Themen* auf dem Programm, und mit der zweiten Lesung der Vorlage über die „Beteiligung der Laien an der Verkündigung (im Gottesdienst)“ winkte zum erstenmal die Möglichkeit, einen Entwurf endgültig zu verabschieden, das *erste „Ergebnis“* also gleichsam schwarz auf weiß mit nach Hause zu nehmen. Aber es gab Sorgen zu diesem Thema dergestalt, daß nicht sicher war, ob man mit der Zweidrittelmehrheit, die für die Verabschiedung eines „Dekretes“ vorgesehen ist, auch gut über die Runden kommen würde. Und die anderen Themen waren zwar samt und sonders wichtig, sie schienen aber — sieht man von der Ökumene einmal ab — weder als Grundsatz- noch als „kirchenpolitische“ Reizthemen besonders attraktiv zu sein. Weiter fürchtete man energieverzehrende Auseinandersetzungen um das *Gesamtprogramm*, und mancher meinte im Blick auf die Unzufriedenheit in manchen Kommissionen über das Kürzungsverfahren der Zentralkommission, man werde sich daran festbeißen.